



Nr. 42

25. Oktober 2013

Inhalt

[dbb-Appell an Bundestag: Öffentlichen Dienst im Blick behalten+++](#)
[Demografie-Herausforderung nicht an Legislaturperioden gebunden – Staat muss sich auf veränderte Nachfrage einstellen+++](#)
[dbb bundesfrauenvertretung übernimmt Schwerpunktpartnerschaft für gleiche Bezahlung+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[tbb sieht Ende der Fahnenstange bei Stellenabbau erreicht+++](#)
[SBB zu neuem Dienstrecht: Noch viele Baustellen zu beseitigen+++](#)
[dbb brandenburg kritisiert Wettbewerbsnachteile des Landes bei Nachwuchsgewinnung+++](#)
[Tarifkonflikt bei der Vorpommernbahn beendet+++](#)
[DPVKOM startet Plakatserie zu den Betriebsratswahlen+++](#)
[DPolG Bundespolizeigewerkschaft: Pausen in der Schicht sind keine Freizeit+++](#)
[VAB erfreut über Aufhebung des Einstellungsstopps+++](#)
[Lehrerverbände gegen Facebook-Verbot – Bundeseinheitliche Regeln gefordert+++](#)
[Bildungsmonitor - BLBS erfreut über positive Bewertung von beruflicher Bildung+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb-Appell an Bundestag: Öffentlichen Dienst im Blick behalten

(dbb) Die Konstituierung des 18. Deutschen Bundestages hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt zum Anlass genommen, das Parlament auf seine hohe Verantwortung und die nicht minder hohen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger hinzuweisen. „Zwar sind Arbeitslosigkeit und Inflation derzeit relativ niedrig, die Finanzkrise ist aber nicht überwunden. Die Altschulden-Thematik muss angesichts der sich nähernden Schuldenbremse endlich angepackt werden, und das Verhältnis zwischen den Beteiligten im Bundesstaat bedarf einer Nachjustierung“, sagte Dauderstädt am 22. Oktober 2013 in Berlin.

Auch wenn es keine dritte Föderalismuskommission geben sollte, zeigten die Verfassungsklagen von Bayern und Hessen die Notwendigkeit auf, über den Finanzausgleich zu verhandeln, so der dbb Chef weiter. Das Kooperationsverbot in der Bildung stehe nach wie vor in der Kritik, und die Verlagerung der Zuständigkeiten für das Dienstrecht vom Bund auf die Länder führe zu immer gravierenderen Verzerrungen im öffentlichen Dienst. Als „zielführend“ bezeichnete Dauderstädt einen Kompromiss in einer großen Koalition zum Mindestlohn. „Dagegen sollte die Legislative die Hände vom Thema Tarifeinheit lassen. Hier sind die Sozialpartner gefordert, nicht der Gesetzgeber“, machte der Chef des gewerkschaftlichen Dachverbandes noch einmal klar.

Mit Blick auf die kommende Einkommensrunde mit Bund und Kommunen im Jahr 2014 appellierte Dauderstädt an den Bundestag, „mit gutem Beispiel gegenüber den Ländern voranzugehen, das Tarifergebnis dann auf die Bundesbeamtinnen und –beamten zeit- und wirkungsgleich zu übertragen und dabei auch die Versorgungsempfänger mit einzuschließen“. Der öffentliche Dienst stehe angesichts der demografischen Vorzeichen unter starker Belastung und erwarte von der Politik „klare Zeichen der Wertschätzung, auch als wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaftsnation Deutschland“.
(01/42/13)

Demografie-Herausforderung nicht an Legislaturperioden gebunden – Staat muss sich auf veränderte Nachfrage einstellen

(dbb) Die Demografiestrategie und zwei Gipfel der Bundesregierung im Oktober 2012 und im Mai 2013 zu diesem Thema können nur erste Schritte zur Lösung der drängenden Probleme sein. „Der dbb verbindet damit die Erwartung der Fortsetzung dieses Prozesses in der kommenden Legislaturperiode“, sagte der Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 22. Oktober 2013 auf einem parlamentarischen Abend des schleswig-holsteinischen dbb-Landesbundes in Kiel. Ein solcher Strategieprozess könne nur „als dauerhafter Dialog“ Früchte tragen und müsse deshalb von der neuen Bundesregierung weiter vorangetrieben werden. Die Herausforderungen der Demografie, zeigte sich Dauderstädt überzeugt, „werden sicher noch viele Legislaturperioden lang ein wichtiges Thema bleiben“.

Der Bundesvorsitzende erinnerte daran, dass für den öffentlichen Dienst unter Mitwirkung des dbb als strategische Leitziele festgeschrieben wurden: rechtzeitig für Wissensnachschub in den Verwaltungen sorgen, familienfreundliches Arbeiten ausbauen und Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten lebensphasengerecht erhalten. Die Verwaltung müsse sich rechtzeitig auf die sich verändernde Nachfrage nach staatlichen Dienstleistungen einstellen. „So wird die Dichte von Kindergärten und Schulen der Geburtenzahl folgen. Gemeinde- und Landkreisverwaltungen, auch Krankenkassen werden ihre Zweigstellen-Struktur anpassen, Sozial-

Gesundheits- und Pflegedienste stärker gefordert sein.“ Eine geringere Dichte bei Polizei und Feuerwehr werde allerdings problematisch, denn Schnelligkeit und Nähe setzen die Maßstäbe für Sicherheit und Schutz, so der dbb Chef.

„Für junge Leute müssen wir den öffentlichen Dienst attraktiv machen, also auch interessante Ausbildungsberufe mit Übernahmezusagen und Aufstiegsperspektiven verknüpfen. Eine Absenkung der Anwärterbezüge wie in Baden-Württemberg ist da eher kontraproduktiv“, stellte der dbb Chef fest. Auch für ältere Be-

schäftigte gebe es noch viel zu tun. Dauders-tädt: „Wenn man den Rentenbescheid als Erlö-sung ansieht, stimmt etwas mit dem Arbeitsle-ben nicht.“

Der parlamentarische Abend stand unter dem Motto „Unser öffentlicher Dienst im demografi-schen Wandel“. Allein in Schleswig-Holstein

gehen laut dbb Landesbund in den nächsten zehn Jahren rund 18.500 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand, 5.000 Stellen sollen zur Einhaltung der Schulden-bremse eingespart werden, und bis zum Jahr 2023 müssen für den Landesdienst 13.500 Nachwuchskräfte gewonnen werden. (02/42/13)

dbb bundesfrauenvertretung übernimmt Schwerpunktpartnerschaft für gleiche Bezahlung

(dbb) Die dbb bundesfrauenvertretung hat angekündigt, im Rahmen einer Schwerpunktpartnerschaft zum Equal Pay Day 2014 maßgebliche Verbesserungen für die Karriere- und Entgeltentwicklung von Teilzeitbeschäftigten zu forcieren. „Die Tatsache, dass viel mehr Frauen als Männer in geringfügiger Beschäftigung und Teilzeit arbeiten, wirkt sich auf die Lohnlücke aus: Bei vergleichbarem Beschäftigungsumfang könnte diese 20 Prozent betragen statt derzeit 22 Prozent. Auch im öffentlichen Dienst, in dem vor allem Frauen eine familienfreundliche Tätigkeit suchen und finden, geraten mehr und mehr Beschäftigte in die Teilzeitfalle. Über diese Probleme müssen wir aufklären, um die akuten Fehlentwicklungen zu stoppen“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 22. Oktober 2013.

Im Vorfeld des bundesweiten Aktionstages zur Entgeltgleichheit am 21. März 2014 beteiligt sich die dbb bundesfrauenvertretung an den Equal-Pay-Day-Foren zum Thema „... und raus bist Du? Minijobs und Teilzeit nach Erwerbs-pausen“ der BPW Germany. Die Veranstaltungen richten sich an Schlüsselpersonen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Ziel ist es, auf die ganz handfesten Ursachen, die die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen haben, hinzuweisen und das Thema in der Gesellschaft und bei Entscheidungsträgern zu verankern. Im Rahmen der Auftaktveranstaltung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Berlin am 4. November 2013 informiert Helene Wildfeuer über die karrierehemmende Wirkung der Teil-

zeitbeschäftigung und die damit verbundenen Risiken für Frauen im öffentlichen Dienst.

„Wir sind besonders froh darüber, die dbb bundesfrauenvertretung als Schwerpunktpartnerin für unsere aktuelle Equal-Pay-Day-Kampagne gewonnen zu haben. Diese einflussreiche Frauenorganisation legt den Finger in die Wunde: Selbst im öffentlichen Dienst, dem in Gleichstellungs- und Arbeitsbewertungsfragen eine Vorbildfunktion auch für die Wirtschaft zukommt, erweist sich Teilzeitarbeit als Karrierehindernis“, sagte die Initiatorin der Equal-Pay-Day-Foren, Henrike von Platen, Präsidentin der Business and Professional Women (BPW) Germany. (03/42/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

tbb sieht Ende der Fahnenstange bei Stellenabbau erreicht

(dbb) Der Thüringer Beamtenbund tbb sieht beim Stellenabbau das Ende der Fahnenstange erreicht. „Weiterer Personalabbau schadet Thüringen“, sagte der Vorsitzende des tbb, Helmut Liebermann, am 18. Oktober 2013 zu Presseberichten. Darin hieß es, die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht habe die Absicht, zusätzlich zu den 8.600 bereits beschlossenen weitere 2.000 Beamtenstellen abzubauen.



„Die zu Grunde liegende Sichtweise, dass die Einhaltung der Schuldenbremse allein durch Ausgabenbegrenzung in Form von Personalabbau im öffentlichen Dienst gewährleistet werden kann, bedarf einer grundlegenden Korrektur“, so Liebermann. Dabei gehe es nicht um Vor- oder Nachteile für Beamte, sondern vielmehr um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Zum öffentlichen Dienst in Thüringen gehörten nicht nur Verwaltungsbeamte, sondern auch Lehrer, Polizisten und Justizbeschäftigte. „In welchen Bereichen die 2.000 zusätzlichen Stellen eingespart werden sollen, dazu hat sich Frau Lieberknecht leider nicht geäußert“, sagte Liebermann. „Sollen tatsächlich noch weniger Polizisten tätig sein? Willkommen, Unsicherheit und Kriminalität! Sollen tatsächlich noch weniger Lehrerinnen und Lehrer tätig sein? Willkommen, erhöhter Unterrichtsausfall! Auch ein Abbau im Justizbereich

bedeutet noch längere Wartezeiten für Gerichtstermine, noch längere Fahrtwege zum Gericht. Wer Stellenabbau ruft, der soll auch sagen, wo noch mehr abgebaut werden soll als bisher angedacht.“

Ein weiterer Stellenabbau werde spürbare Leistungsreduzierungen für den Bürger mit sich bringen, warnte der tbb-Vorsitzende. Bislang ist bereits ein Stellenabbau in den Jahren 2006 bis 2011 durch Wegfall von 4.213 Stellen realisiert worden. Ein weiterer Stellenabbau von 8.635 Planstellen und Stellen wurde 2011 beschlossen und in einem Stellenabbauplan bis 2020 ausgewiesen. Die jetzt von Ministerpräsidentin Lieberknecht verkündeten 2.000 Stellen sollen zusätzlich zu dem bisher beschlossenen Abbau realisiert werden.
(04/42/13)

SBB zu neuem Dienstrecht: Noch viele Baustellen zu beseitigen

(dbb) Bei der Umsetzung des neuen Dienst-, Laufbahn- und Besoldungsrechts in Sachsen gibt es noch viele Baustellen zu beseitigen. Das war der Tenor einer lebhaften Diskussion, zu der sich der Landesvorstand des Sächsischen Beamtenbundes SBB am 16. Oktober 2013 mit Christian Hartmann, Vorsitzender des Innen-Arbeitskreises der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, traf.

Dabei ging es zum einen um mangelnde Wertschätzung, wie sie die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Sachsen derzeit erfahren. So herrsche nach wie vor großer Unmut über den Wegfall der Jahressonderzahlung und die Art und Weise, wie die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten erfolgte. Zum anderen wurden einzelne Inhalte der neuen Beamtengesetze diskutiert.

Angesprochen auf die Zukunft des öffentlichen Dienstes in Sachsen machte Hartmann klar, dass der Personalabbau auf 70.000 bis 72.000 Stellen immer noch das Ziel sei. Ausgangspunkt müsse sein, welche Aufgaben zukünftig erfüllt werden müssen und wie viel Personal dafür notwendig ist. Dies bedürfe einer umfassenden Aufgabenkritik in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, die dann in eine „vernünftige Personalentwicklung“ einmünden müsse.

Die SBB-Vertreter brachten die Befürchtung zum Ausdruck, dass im Schulbereich, bei der Polizei, aber auch in weiten Teilen der öffentlichen Verwaltung das Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger immer mehr zurückgehen wird. „Sparzwänge dürfen nicht auf Kosten der Beschäftigten und der Bevölkerung gehen“, so der Landesvorsitzende des SBB, Gerhard Pöschmann. „Der Staat hat die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu garantieren, ihre Kinder bestens zu erziehen, die Steuergesetzgebung gerecht umzusetzen und wenn es mal einen Streit gibt, soll die Justiz möglichst gerecht urteilen. Diese Ziele kann man nicht durch Privatisierung, ständigen Personalabbau und eine damit verbundene andauernde Frustration der Betroffenen erreichen.“
(05/42/13)

dbb brandenburg kritisiert Wettbewerbsnachteile des Landes bei Nachwuchsgewinnung

(dbb) Der dbb brandenburg lehnt die vorgesehene Abschaffung des Verheiratetenzuschlags als Bestandteil des Familienzuschlags ab. Das hat der Vorsitzende des dbb Landesbundes Ralf Roggenbuck bei der Anhörung vor dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen zum Gesetzentwurf der Landesregierung deutlich gemacht, mit dem das brandenburgische Besoldungs- und Beamtenversorgungsrecht neu geregelt werden soll.

Er betonte, dass auch das Land Brandenburg sich dem Wettbewerb um die qualifiziertesten Nachwuchskräfte im öffentlichen Dienst stellen müsse. Um dabei erfolgreich zu sein, sei eine im Vergleich mit den Konkurrenten angemessene Bezahlung die Grundvoraussetzung. Durch den Wegfall des Verheiratetenzuschlags verschlechtere sich die Wettbewerbsfähigkeit des Landes, denn für die Mehrzahl der Beam-

tinnen und Beamten stellen Ehe und Familie nach wie vor eine erstrebenswerte Lebensform dar, so Roggenbuck. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes des Landes werde durch dieses Gesetz nur für nicht Verheiratete erhöht, da der Verheiratetenzuschlag in allen anderen Bundesländern und beim Bund weiterhin gezahlt wird.
(06/42/13)

Tarifkonflikt bei der Vorpommernbahn beendet

(dbb) Der Tarifkonflikt bei der Vorpommernbahn ist beendet, teilte die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) am 18. Oktober 2013 mit. „Endlich herrscht wieder Ruhe auf der Insel“, sagte der GDL-Vorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky.

Bei den Streiks hatten bis zu 90 Prozent der Züge stillgestanden. „Der Arbeitgeber hat nun endlich eingelenkt“, so Weselsky. Die GDL hat mit der Vorpommernbahn GmbH (VB) die Einführung des Flächentarifvertrags BuRa-LfTV und des Lokomotivführertarifvertrags (LfTV) vereinbart. Außerdem tritt die VB dem Betreiberwechseltarifvertrag für Lokomotivführer bei. Damit ist die Angst um den Arbeitsplatz nach verlorenen Ausschreibungen beendet.

Das Lohnplus beträgt ab 1. Oktober 2013 je nach Berufserfahrung bis zu 828 Euro. Das Monatstabellenentgelt des Flächentarifvertrags gilt ab diesem Zeitpunkt zu 100 Prozent. Einen Monat später erhöht sich das Entgelt um weitere 2,4 Prozent. Für den Zeitraum von Januar bis September 2013 gibt es eine Einmalzahlung von 400 Euro. Außerdem hat die GDL zahlreiche Verbesserungen bei den Zulagen erreicht.
(07/42/13)

DPVKOM startet Plakatserie zu den Betriebsratswahlen

(dbb) „Wertschätzung darf kein Glückstreffer sein!“ – so lautet die Aussage der DPVKOM auf einem Plakat zu den Betriebsratswahlen im kommenden Jahr (1. März bis 31. Mai). Dieses Plakat bildet den Auftakt der mehrteiligen Plakatserie, die die DPVKOM zu den Betriebsratswahlen 2014 herausgeben wird, teilte die Kommunikationsgewerkschaft am 23. Oktober 2013 mit.

Nach Auffassung der DPVKOM müssen die Wertschätzung der Mitarbeiter und die Anerkennung ihrer Leistungen zum unverzichtbaren Bestandteil der Unternehmenskultur der Postnachfolgeunternehmen, aber auch der Call-Center werden. Die Realität sieht oftmals jedoch leider anders aus: In vielen Unternehmen sind die Beschäftigten einem enormen Druck ausgesetzt. Dies betrifft sowohl die Arbeitsin-

tensität als auch den von Vorgesetzten und Führungskräften ausgeübten psychischen Druck. Vor diesem Hintergrund empfinden die Beschäftigten den in „Sonntagsreden“ der Personal- und Unternehmensführung immer mal wieder geäußerten Respekt vor den Leistungen der Beschäftigten als blanken Hohn. Ein Lob des Vorgesetzten im betrieblichen Alltag hören viele Beschäftigte viel zu selten. Das muss sich

ändern, erklärte die Gewerkschaft und versicherte: Dafür werden sich die Betriebsräte der

DPVKOM stark machen.
(08/42/13)

DPOIG Bundespolizeigewerkschaft: Pausen in der Schicht sind keine Freizeit

(dbb) In operativen Vollzugsbereichen sind Pausen unter Bereithaltung keine Freizeit. Diese Auffassung hat die DPOIG Bundespolizeigewerkschaft noch einmal bekräftigt. Deren Vorsitzender Ernst G. Walter und der 2. Vorsitzende Hans-Joachim Zastrow hatten bei einem Arbeitsgespräch im Bundesinnenministerium dazu nochmals eindeutig Stellung bezogen, wie die DPOIG Bundespolizeigewerkschaft am 16. Oktober 2013 mitteilte: „Bei der Anrechnung von ‚Pausen unter Bereithaltung‘ auf die Arbeitszeit gibt es keinen Spielraum – die Anrechnung der Pausen als Dienstzeit muss erhalten bleiben.“

Die Forderung nach Anrechnung der Pausen im operativen Schichtdienst als Dienstzeit hatte die Bundesleitung des dbb in einem Schreiben an Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich unterstützt. Darin wurde die in der Dienstrechtsabteilung des BMI vorgenommene Auslegung des § 5 AZV deutlich kritisiert, wonach in operativen Vollzugsbereichen Pausen unter Bereithaltung künftig nicht mehr grundsätzlich auf die Arbeitszeit angerechnet werden sollen. In dem Schreiben wird die Forderung so begründet:

1. Die AZV definiert in § 2 Nr. 3 eine Ruhepause als Zeitraum, in dem Beamtinnen und Beamte keinen Dienst leisten und sich auch nicht dafür bereit halten müssen. Pausen unter Bereithaltung, die im operativen Schichtdienst der Vollzugsbereiche bei der Bundespolizei und beim Zoll der Regelfall sind, sind demnach keine Ruhepausen im Sinne der Arbeitszeitverordnung, da die Kolleginnen und Kollegen gezwungen sind, ständig zum Einsatz bereit zu sein.
2. Der § 15 AZV ist einschlägig, wonach von Regelungen der Arbeitszeitverordnung abgewichen werden kann, soweit Besonderheiten bestimmter spezifischer Tätigkeiten dies bedingen. Diese Voraussetzungen sind in den Vollzugsbereichen der Bundespolizei und des

Zolls im operativen Schichtdienst regelmäßig erfüllt.

3. Eine Anrechnung als Dienstzeit steht ausdrücklich nicht im Widerspruch zur Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 04.11.2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung, denn in Art. 17 Abs. 3 c) der Arbeitszeitrichtlinie werden ausdrücklich Abweichungen bei Tätigkeiten zugelassen, die dadurch gekennzeichnet sind, dass die Kontinuität des Dienstes gewährleistet sein muss. Operative Tätigkeiten in den Vollzugsbereichen von Bundespolizei und Zoll erfordern in hohem Maße eine ebensolche Dienstkontinuität. Deshalb muss hier zwangsläufig eine grundsätzliche Anrechnung der Pausen unter Bereithaltung in operativen Vollzugsbereichen auf die Dienstzeit erfolgen, was im Rahmen der EG-Arbeitszeitrichtlinie auch absolut zulässig ist.

Der Bundesinnenminister wird in dem Schreiben des dbb dazu aufgefordert, nun dringend „auf geeignete Weise sicherzustellen“, dass in operativen Vollzugsbereichen der Bundespolizei und des Zolls Pausen unter Bereithaltung in jedem Fall auch weiterhin als Dienstzeit angerechnet werden.
(09/42/13)

VAB erfreut über Aufhebung des Einstellungsstopps

(dbb) Das Bundesverteidigungsministerium hat per Erlass vom 15. Oktober 2013 die Regelungen zum Einstellungsstopp von Zivilpersonal in der Bundeswehr aufgehoben.

„Damit wurde eine langjährige Forderung des VAB endlich erfüllt“, stellte der Bundesvorsitzende des Verbandes der Arbeitnehmer der Bundeswehr, Herbert Schug, dazu fest. Es sei ein „Geburtsfehler“ aller Reformen gewesen,

Bedarfs- und Personalplanung durch einen langanhaltenden Einstellungsstopp durchzuführen. Diese „ungeeignete und schadenstiftende Maßnahme“ sei nun durch den Erlass aufgehoben worden.

Aus dem zuständigen Referat des Verteidigungsministeriums hieß es außerdem: „Es gilt die Maxime ‚Eigenes Personal hat Vorrang vor externen Einstellungen‘.“ Schug zeigte sich

hoherfreut über die Aufhebung: „Endlich werden von klügeren Köpfen die Zeichen der Zeit erkannt. Endlich wird nicht länger davor zurückgeschreckt, erkannte Fehler zu beheben.“ (10/42/13)

Lehrerverbände gegen Facebook-Verbot – Bundeseinheitliche Regeln gefordert

(dbb) Lehrer in Rheinland-Pfalz dürfen Facebook künftig nicht mehr zum dienstlichen Kontakt mit Schülern nutzen. Der Kultusminister fürchtet Datenmissbrauch. Da Bildungspolitik Ländersache ist, entscheidet jedes Bundesland selbst, welche Regelung es trifft.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Rolf Busch hält ein Verbot nicht für sinnvoll: „Das ist natürlich weltfremd“, zitiert tagesschau.de am 23. Oktober 2013 Busch. „Was uns ärgert ist, dass man Facebook an Schulen verbietet und dann aber sagt, dass Lehrer nicht mit ihren Schülern mithalten und dass sie die Schüler doch bitte dort abholen sollen, wo sie sind.“ Deshalb müssten die Länder eine bundesweite Regelung finden, statt jedem Land die Entscheidung selbst zu überlassen, fordert Busch und sieht die Kultusministerkonferenz (KMK) in der Verantwortung. Bisher würde die KMK die Schwierigkeiten mit Facebook einfach auf die Lehrer abwälzen, ohne Lösungen anzubieten. Dabei seien Ansätze dafür bereits da: „Das Problem ist, dass der Leitfaden, den wir gemeinsam mit den Kollegen in der Schweiz und Österreich für Lehrpersonen und Schulleitungen erarbeitet haben, von der KMK bisher nicht aufgegriffen wurde und die Kultusminister keine Fortbildungen anbieten, so wie wir es

fordern“, so Busch. Dafür verbiete man dann aber einfach Facebook an Schulen.

Auch Heinz-Peter Meidinger, Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), sieht die Minister in der Pflicht: „Die KMK müsste endlich einen Leitfaden erstellen, der erklärt, was zu beachten ist, wann der Facebook-Kontakt mit dem Schüler o.k. ist und wann Grenzen überschritten werden.“ Auch die Regeln müssten bundesweit vereinheitlicht werden, forderte Meidinger. Facebook einfach zu verbieten bringe nichts: „Wir sehen es kritisch, wie Facebook mit dem Datenschutz umgeht und natürlich darf die Schule Menschen nicht in das Medium treiben.“ Auf der anderen Seite seien aber vielleicht 80 Prozent der Schüler auf der Online-Plattform unterwegs. Das Thema müsse im Unterricht behandelt werden. „Eine pauschale Verteufelung wird kaum funktionieren“, so Meidinger. (11/42/13)

Bildungsmonitor - BLBS erfreut über positive Bewertung von beruflicher Bildung

(dbb) „Wir freuen uns, dass alle Indikatoren zur beruflichen Bildung im Bildungsmonitor 2013 positiv bewertet worden sind.“ Mit diesen Worten reagierte Eugen Straubinger, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), auf die Veröffentlichung der Untersuchung.

Der Bildungsmonitor wird jährlich vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) herausgegeben. Darin wird bewertet, inwieweit die Bundesländer z.B. die Wachstumskräfte stärken oder was sie zur Fachkräftesicherung beitragen.

So zeigt sich bei der beruflichen Bildung, dass das duale Berufsbildungssystem einen positi-

ven Einfluss auf den Übergang von der Schule in den Beruf hat und wesentlich zur niedrigen Jugendarbeitslosenquote beiträgt. Ferner hat die berufliche Bildung eine herausragende Bedeutung für die Produktivität und Innovationskraft der Wirtschaft in Deutschland. Während die Quote der unversorgten Bewerber verbessert werden muss, werden folgende Indikatoren im Bildungsmonitor positiv bewertet: Ausbildungsstellenquote, Anteil der erfolg-

reichen Abschlussprüfungen, Anteil der erfolgreichen Absolventen der beruflichen Schulen und Anteil der erfolgreichen Teilnehmer an Fortbildungsprüfungen.

Die Studie weist aber auch darauf hin, dass die berufliche und die akademische Bildung nicht

gegeneinander ausgespielt werden dürfen, sondern alle Potenziale optimal entwickelt werden müssen. „Das ist eine wichtige Erkenntnis und ganz in unserem Sinne“, so Straubinger, „da sie in hohem Maß zur Fachkräftesicherung in Deutschland beiträgt“. (12/42/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der **dbb** und die Arbeitgeberseite der Berliner Charité haben am 22. Oktober 2013 die Tarifverhandlungen zu Regelungen des Gesundheitsschutzes und der Demografie fortgesetzt. Basis der Verhandlungen war ein neues Arbeitgeberangebot. Dieses ist zwar noch nicht ausreichend, ist von der Verhandlungskommission, die aus Mitgliedern der gkl besteht, jedoch als Grundlage für weitere Gespräche gewertet worden. Bei den Arbeitgebern sei der Regelungswille in diesen wichtigen Bereichen erkennbar. Themenschwerpunkte waren die Gesundheitsfürsorge, Personalentwicklung durch Qualifizierung und Fortbildung sowie Regelungen zum flexiblen Eintritt in den Ruhestand. Der dbb thematisierte hier auch Langzeitarbeitszeitkonten sowie eine adäquate Reaktion auf Überlastungsanzeigen.

Vor dem Hintergrund sich ausweitender Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Mannheim gegen die Schweizer Großbank UBS wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung sagte der Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** den „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 21. Oktober 2013): „Der Vorgang um die UBS zeigt, dass die groß angekündigte Weißgeldstrategie dieser Bank noch nicht glaubhaft umgesetzt ist.“ Der deutsche Fiskus sei gut beraten, die Geschäftsmodelle der Bank weiterhin kritisch unter die Lupe zu nehmen. „Für Banken, die den Geruch der Steuerhinterziehung mit sich herum tragen, darf in Deutschland kein Platz sein“, so Eigenthaler.

Eine „dramatische Zunahme“ der Kriminalität in Städten mit einer hohen Konzentration von Zuwanderern hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, konstatiert. „Das muss man ganz objektiv so feststellen“, sagte er am 21. Oktober 2013 in der ARD-Fernsehsendung „hart aber fair“. Wendts Schlussfolgerung: „Für alle Leute, die nach Deutschland kommen, gilt: Wir

haben Spielregeln, die nennen sich Gesetze, und da hat sich jeder dran zu halten.“ Gleichzeitig betonte Wendt aber, keine Bevölkerungsgruppen „pauschal“ anzusprechen: „Es gibt auch genügend deutsche Straftäter.“

Die führenden **Wirtschaftsforschungsinstitute** prognostizieren in ihrem Herbstgutachten für Deutschland im laufenden Jahr ein reales Wirtschaftswachstum in Höhe von 0,4 Prozent. Für 2014 wird mit einem deutlicheren Wachstum von 1,8 Prozent gerechnet. Die Institute haben ihre Prognose für Deutschland damit nach unten korrigiert, bislang war man für 2013 von einem Wachstum von 0,8 Prozent ausgegangen. Die Wachstumserwartungen für das kommende Jahr wurden im Vergleich zum Frühjahrsgutachten nur unwesentlich um 0,1 Prozentpunkte auf 1,8 Prozent reduziert. In der sogenannten Gemeinschaftsdiagnose gehen die Institute davon aus, dass die deutsche Wirtschaft - getragen von der Binnennachfrage - vor einem Aufschwung steht. Die steigende Beschäftigung und merkliche Lohnzuwächse sorgten seit längerem für eine robuste Entwicklung des privaten Verbrauchs. Ebenso wird die belebte Weltkonjunktur dazu beitragen, dass die Exporte Deutschlands steigen. (13/42/13)